

SOZIALDEMOKRATISCHE TAGESZEITUNG FÜR HALLE UND DEISTEN



Das „Sozialblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlich durch Verleihung der Dr. G. K. Nr. 246/5, 246/7, 246/8, 246/9. Vertriebsstellen: Halle, Marktstraße 10, 11 bis 14. Unverlangt eingehende Manuskripte ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1.80 und 0.80 M. (Postgebühren). Einzelnummer 2.10 M. für Abnehmer monatlich 0.45 M. (Postgebühren) 2.10 M. durch Postboten ausgestellt 2.50 M. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2.40 M. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Restanteil der Blattmeter. Hauptvertriebsstelle: Dr. G. K. Nr. 246/5, 246/7, 246/8, 246/9. Vertriebskonto 20310 Erlau.

Die Schuld von Dhlau

Zum Abdruck der nachstehenden amtlichen Erklärung, die uns nebst vielen anderen deutschen Zeitungen zugegangen ist, sind wir gezwungen. Dabei ist uns auch die Verzierung und die Druckgröße vorgeschrieben. Eine Stellungnahme zu der Erklärung darf in dieser Nummer des Blattes nicht erfolgen. Die Redaktion.

Gegenüber irreführenden Mitteilungen über Urheberrecht und Schuld an den blutigen Ausschreitungen in Dhlau am 10. Juli 1932 wird aus den Urteilsgründen folgendes amtlich bekanntgegeben:

„Zur Entschuldigung der Angeklagten haben ihre Verteidiger geltend gemacht, daß die Ausschreitungen der Reichsbannerangehörigen lediglich durch das provokatorische Verhalten der Nationalsozialisten angefaßt worden seien. . . . Bereits im Krieg hätten sich die Nationalsozialisten mit wutgetriebenen Schreien aus Riegelreihen erhoben und sie in ihren Brotbeuteln und Taschen verhandelt; sie seien auch mit Pistolen und Gewehren ausgerüstet gewesen. . . . Daraus ist zunächst zu bemerken, daß selbst wenn einzelne Nationalsozialisten im Besonderen von Schußwaffen Gebrauch gemacht worden ist. . . . Jedoch, ganz abgesehen davon, daß schon an sich diese angeblichen Provokationen, die auch nach der Darstellung der Angeklagten für keinen der Beteiligten auch nur die geringsten nachteiligen

Folgen gehabt haben, die von den Angeklagten begangenen späteren Ausschreitungen nicht im geringsten entschuldigend können. Können sie auch deshalb nicht zur Rechtfertigung der Angeklagten dienen, weil sie ihnen ja zur Zeit der Begehung ihrer Straftaten noch gar nicht bekannt gewesen sind. Alle den Nationalsozialisten gemachten Vorwürfe sind erst nach und nach im Laufe des Verfahrens zusammengetragen worden. Zu der Zeit, als die Reichsbannerangehörigen den Zug zum Schloßplatz antraten, wußte keiner von ihnen etwas. Damals war ihnen lediglich gemeldet worden: „Schnell zur Parkrede und auf den Ring, denn geht's los, die Nazis kommen“. Das allein war das Signal zum Marsch auf den Schloßplatz, nicht die Entschuldigung über Ausschreitungen der Nationalsozialisten. Das Gericht ist deshalb davon überzeugt, daß die Gewalttätigkeiten der Reichsbannerleute lediglich durch ihre und ihrer Führer Angriffslust und Angriffsbereitschaft ausgelöst worden ist, weil die Reichsbannerangehörigen die Gelegenheit, die Nationalsozialisten zu überfallen und zu verprügeln und ihnen in langer Feindschaft ausgebeizerten Haß an ihnen anzulassen, für günstig hielten. . . . das Gericht hat keinen Zweifel daran, daß die Reichsbannerleute, nachdem sie bereits in Quallwitz genügend angefaßt worden waren, von ihren Führern lediglich zu dem Zweck im „Wallfisch“ zusammengehalten worden sind, um bei sich bietender Gelegenheit die Nationalsozialisten anzu-

greifen. Denn eine andere einleuchtende Erklärung für das Zusammenstoßen im „Wallfisch“ konnte nicht gegeben werden. Darnach behauptet zwar, er habe mit seinen Leuten das Gewerkschaftsbüro und den Konsumverein schüren wollen. . . . Aber er hat keinerlei Angaben darüber machen können, wer ihm solche Äußerungen zugetragen hat, und wann dies geschehen ist. Er hat tatsächlich auch nichts zum Schutz dieser Räume unternommen. . . . So wenig die Tatsache, daß die Reichsbannerleute nach dem Kampf auf dem Ring im „Wallfisch“ zusammenblieben, auf die angebliche Befragung der Stadt durch 2000 Nationalsozialisten zurückzuführen ist, so wenig ist den Angeklagten zu glauben, daß sie nach der Niederlage aus Quallwitz nur zu dem Zweck im „Wallfisch“ versammelt geblieben sind, um das Gewerkschaftsbüro und den Konsumverein zu schüren. Für den einen, wie für den anderen Fall gibt es keine andere Erklärung, als die Angriffsabsicht des Reichsbanners.“

Berlin, den 8. September 1932.

Zugleich für den Justizminister:
Der Reichsjug. Minister des Innern.
Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt:
ges. Dr. Bracht.

Der Nationalsozialismus tut nichts dagegen!

„Nationaler“ Privatkapitalismus

Die neueste Hungerverordnung - Von Hitlers Freunden erlassen

Die Reichsregierung hat der Öffentlichkeit jetzt ihre Verordnung mit an den wichtigsten Wirtschaftsmitteln befreit. Sie hat sich dahin angenommen, daß die allgemeinen Bestimmungen der Verordnung der Barone vornehmlich hätte, um dem exzessivsten und die höchsten Einkommen zu reduzieren, wie eines anderen Befehl. Die Verordnung ist noch schlimmer ausgefallen, als es nach der Rede des Herrn von Papen in Münster zu befürchten war.

Auf sozial-ökonomische Gebiete kommt die Tarifauflösung und die Kürzung der Löhne zur Durchführung. Die Unternehmer werden für Neueinstellungen im Wege der Arbeitsfreigabe großzügig belohnt. Die Kürzung der Löhne für die 30. und 40. Arbeitswoche bedeutet für die Unternehmer eine Ersparnis im Lohnsumme von 5 bis 12% Proz. Dazu kommt die Einstellungsgebühren, die von der Regierung mit 5 bis 6 Proz., umgerechnet auf die ganze Lohnsumme, errechnet wird. Ein Unternehmer, der seine Beschäftigten zum größeren Teil auf dem Wege der Arbeitsfreigabe um 25 Proz. vermindert, erhält also eine Prämierung von insgesamt 17% Proz.

Die Barone, die Regierung der Schwerindustrie und Junker, aber nicht, wie es nicht anders zu erwarten war, nicht die gefährliche allgemeine Arbeitslosigkeit; sie stellt die Arbeitsfreigabe vielmehr in das Belieben des Unternehmers. Dem Arbeiter aber wird überdies noch der Lohn für erheblich gekürzt.

Die Barone, die Regierung, das Kabinett der Herren, wendet aber auf sozialpolitischen Gebieten noch mit einer Überkompensation auf. Die Notverordnung enthält eine Blankoollmacht an die Regierung Papen zu Änderungen des gesamten Sozialrechts und der gesamten Sozialversicherung. Diese Änderungen sollen „zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen, der Vereinfachung und der Verbilligung der sozialen Einrichtungen dienen“.

In Bezug auf ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen beruft sich die Regierung darauf, daß man die Aufhebung der Wirtschaft durch Entlastung der Privatwirtschaft vornehmen müsse. Durch die 2% Milliarden Steuererlöse, richtiger gesagt Subventionen, und durch weitere unbeschäftigte Arbeitskräfte bringen und den sozialen Frieden gefährden könnten.

„Kräfte“ gemacht werden. Der Subventionskatalog selbst hat dabei eine feine Wendung und Vernehmung erfahren. Die Landwirte und die Hausbesitzer heimen noch besondere Vorteile ein.

Die wirklich greifbare Arbeitsbeschaffung durch zusätzliche Aufträge der öffentlichen Hand ist äußerst dürftig.

Die Arbeiterklasse wird sich gegen dieses neue Hungerverbot, zu dem in den nächsten Tagen noch vieles zu sagen sein wird, mit allen Kräften wehren. Wie schon dem verfehlten und kurzfristigen privatrechtlichen Subventionsprogramm ein umfassendes sozialistisches Programm zur Bekämpfung der Krise und zum Aufbau der Planwirtschaft entgegen. Vertikärer Kampf gegen die Reaktion, gegen den Faschismus, vertikärer Kampf für Arbeiterrechte, wirksame Krisenbekämpfung und Ausbau der Wirtschaft, so muß und wird die Antwort der Arbeiterklasse lauten.

Die Berliner Presse zur Notverordnung

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer „Hollmacht ohne Sicherungen“. Was die Regierung aus der Hollmacht machen wolle, ist vollkommen ihrem Ermessen überlassen. Nach dem umfangreichen Gebrauch, den sie schon bereits bei der Aufhebung des Tarifvertragsrechtes gemacht habe, sei die Verletzung nicht von der Hand zu weisen, daß die kommenden Durchführungsverordnungen noch manche weitere unbeschäftigte Arbeitskräfte bringen und den sozialen Frieden gefährden könnten.

Die „Berliner Zeitung“ meint: Die generelle Ermächtigung zu Eingriffen in den gesamten Aufbau und Umfang der sozialen Versicherung müsse schwerste Bedenken hervorbringen. Die Regierung habe eine Blankoollmacht geben lassen, die ihr die Möglichkeit verleihe, von dem, was Generationen angriffen hätten, keinen Stein auf dem anderen zu lassen.

Der „Sozial-Anzeiger“ meint, daß es besser gewesen wäre, wenn die Regierung rechtzeitig auf weitere Befragung mit der Bürgerpresse und die allgemeine sozialpolitische Ermächtigung vorbereitet und nicht, wie das tatsächlich geschehen sei, je längere Zeit abgelaufen hätte. Die Entscheidungen könnten die Bedenken nicht ausgleichen, die gegen diese feuerliche Maßnahme erhoben werden müssen.

Der „Vorwärts“ überschreibt seinen Leitartikel „Das großkapitalistische Programm des Reichstages vom 12. und 13. Sept. hat die arbeitende Volk mit die Rettung des Kapitalismus bezweckt. Es ist selbstverständlich, daß dieses Programm des Kapitalismus und des Klassenkampfes von oben den leidenschaftlichsten Kampfweil der Arbeiterklasse werden werde.“

Reichstag am 12. September?

Zentrum und Nazis wollen sich bis dahin verständigen

Der Reichstag wird voraussichtlich zum Montag, dem 12. September, einberufen, weil Nationalsozialisten und Zentrum hoffen, bis dahin die inwärtigen nach Beendigung des Reichstages wieder aufgenommenen Koalitionsverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht zu haben. Der Empfang des Reichstagspräsidenten durch den Reichspräsidenten dürfte am Freitag erfolgen. Wahrscheinlich wird der Reichspräsident bereits im Verlauf dieses Empfangs durch den Reichstagspräsidenten Göring über Zweck und Ziel der Koalitionsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum unterrichtet werden.

Seldte und Duesterberg an Hindenburg

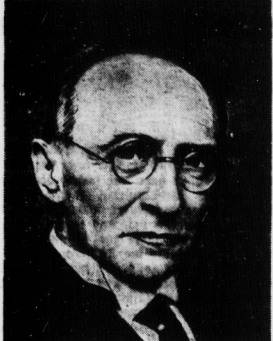
Seldte und Duesterberg haben ihren hochverehrten Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall von Hindenburg anlässlich des Berliner Reichstags am 12. September geschrieben. Darin teilt es von „Arbeitslosen, herrschaftlichen Größen“ und dem Ergebnis für ihre Erfolglosigkeit. Unterscheiden haben Seldte und der Gegenstand Hindenburg: Duesterberg.

Der Laß und Weide finden will, der darf sie nicht in diesem Telegramm und bei seinen Abenden (jeden) werden Agitatoren gegen Hindenburg, heute Baugleich vor ihm. Wie's gerade fällt!

Heinrich Schulz gestorben

Der Leiter des sozialistischen Bildungswesens

Der langjährige Leiter des sozialdemokratischen Bildungsorganisations, Staatssekretär, Dr. Heinrich Schulz, ist am Montag früh gestorben. Schulz, der ursprünglich Volksschullehrer war, betätigte sich seit 1896 als sozialdemokratischer Journalist, bis ihm im Jahre 1906 die Leitung des Bildungswesens übertragen wurde. Er gründete und führte jahrelang vor dem Kriege die Parteischule. Nach der Revolution wurde er in das Reichsinnenministerium als Staatssekretär für Bildungsfragen berufen und arbeitete dort mit großem Erfolg, bis ihm der deutsche Nationalrat Minister für Schulwesen im Jahre 1922 vorzeitig von seinem Amte entfernte. Er trat später unter Weizsäcker in das Amt ein, nahm aber dann erbitig seinen Abschied. Bis zuletzt war Schulz Vorsitzender des Reichsausschusses für sozialistische Bildungswesen und des Sozialistischen Kulturartikels. Am 12. September d. J. wurde er sein 60. Lebensjahr vollendet haben. Seit einiger Zeit litt er an Herzaffektionen, die seinem Leben jetzt ein Ende gemacht haben.



Ein besonderes Verdienst hat Genosse Schulz sich erworben durch die Gründung der „Deutschen Kunstgemeinschaft“, die im alten Schloß an der Spree ihre ständige Ausstellung hat und jungen Künstlern — Malern wie Bildhauern — die Möglichkeit bietet, ihre Werke schon zu Lebzeiten an Käufer abzusetzen, denen durch Öffentlichkeit der Zahlungsverhältnisse der Ankauf erleichtert wird. Von seiner schöpferischen Kraft legen zahlreiche Bücher und Broschüren Zeugnis ab, in denen Heinrich Schulz im Laufe der Jahre die Stellung der Sozialdemokratie zu den Erziehungsfragen behandelt und sie vielfach richtunggebend beeinflusst. Sein Buch „Der kleine Mann“, in dem er das geistige Wesen eines kleinen Erwerbungsleitenden lebendig schildert, hat weit über die Kreise der Partei hinaus Beachtung gefunden und viele Freude ausgelöst. Nun hat eine Erkrankung des Herzmuskels den schöpferischen Rittmäpfen pflichtig von uns genommen. Der Bewegung ist einer der Arbeitsamten und der Treuesten entzogen. Sein Gedächtnis aber lebt in seinen Werken fort!

„Bruch mit der Idee“

Ein Hitler-Abgeordneter über die Verhandlungen mit dem Zentrum

Dresden, 5. September. (Eigenbericht.)

Der nationalsozialistische Abgeordnete des Sächsischen Landtags Lehner Hübner hat der Hitler-Fraktion den Rügen geteilt. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten begründet Hübner seinen Schritt wie folgt:

„Ich konnte als Referent für Kultur- und Erziehungsfragen der Partei die schmerzliche Beileidigung der heutigen Lehrerwelt durch den schärfsten nationalsozialistischen Gaufrührer Kurt Hübner mit dem, die übrigens auch in sachlicher Beziehung im härtesten Widerspruch zu den Programmforderungen des Obersten Führers steht, nicht unüberwunden hinnehmen. Meine Proteste dagegen, die Rügen vorzutragen, blieben erfolglos. Der Beileidiger anerkannte sogar, weiter bereitete mir das Fehlen eines klaren Kultur- und Schulprogramms der NSDAP, ernste Sorgen. Man hörte auch von Führern auf diesem Gebiet ganz entgegengesetzte Meinungen, grenzend an bolschewistische Geistesgänge bis hin zu orthodox-mittelalterlichen. Entschlossene Parteigenossen, die Einsprüche aus dieser Richtung in der Partei und ob Beratungen und schmerzliche Berichte von Führern erhoben, wurden für überflüssig aus der Partei ausgeschlossen. Dieses Ausschlußverfahren war lohnend, natürlich, das es gegen die elementarsten Rechtsgrundsätze verstößt. Man hörte die Befehlsführer gar nicht, sondern entzog ihnen durch einen sofortigen Ausschluß aus der Partei jede Möglichkeit zur Reformführung. Ihre Proteste an den Reichsunterrichtungs-ausschuss in München blieben erfolglos. Unmöglich aber wird es mir durch die letzten Parteiführungsentschlüsse, der Partei überhaupt noch zu folgen. Seit Jahr und Tag ist den Nationalsozialisten noch der Führung einheimert worden und in der gesamten nationalsozialistischen Presse fand es seinen, unfer ärgster Feind ich neben... das Zentrum. Auch wurden alle Koalitionsbefreiungen in Grund und Boden vernichtet. Die neue Volkserhebung wollte aufräumen mit solchen vaterlandschädigenden Parteieigenheiten und heute heißt in der NSDAP, auch der Zweck das Mittel. Wer kann da noch an Richtung glauben? Ich lebe in den neuesten Entschlüssen der Führung den Bruch mit der Idee des Nationalsozialismus. Ich für meine Person kann nicht mehr folgen und kann mich nicht zum Vertreter an der nationalsozialistischen Front machen. Ich trenne mich darum heute von der Führung der NSDAP, und trete zugleich aus der nationalsozialistischen Fraktion des Sächsischen Landtags aus.“

Staatspartei am Ende

Vor dem Auflösungsbeschluss des Parteitag

In der Staatspartei wird zur Zeit heftig für und gegen die Auflösung dieses Splittees gerungen. Eine für den 11. September nach Berlin einberufene Sitzung des Gesamtverbandes der Staatspartei soll über diesen Kampf eine vorläufige Entscheidung fällen, die dann wahrscheinlich ein Parteitag zu sanktionieren haben wird. Voraussichtlich wird sich die Staatspartei auflösen.

Gefängnis für den Verteidiger!

Die Mangelleistung eines braunschweigischen Gerichts

Braunschweig, 5. September. (Eigenbericht.) Der braunschweigische Rechtsanwalt Frank H. vom Schöffengericht des Amtsgerichts Hildesheim a. S. zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer Verteidigungsrede die Angeklagten beleidigt haben soll. Frank legte in seiner Verteidigungsrede vor Gericht, daß er in dem fraglichen Prozeß als Verteidiger nur das wiedergegeben habe, was ihm die Angeklagten mitgeteilt hätten. Er habe als Verteidiger das Recht und die Pflicht, im Interesse der Angeklagten das Verhalten der Polizeibeamten und die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen zu kritisieren. Die Grenzen der Beleidigung habe er weder in der Form noch in der Sache überschritten. Der Staatsanwalt behauptete, der Verteidiger Rechtsanwalt Frank habe nicht

erwähnlich mehr Tatsachen berichtet, indem er erklärt habe, die Polizeibeamten hätten nicht zugeben können, zuerst auf Arbeiter eingeschlagen zu haben, denn das bedeute ihre Entlassung. Der Polizeibeamte Ribbenfiel habe den Arbeiter Kollmeier überhaupt nur festgenommen, weil dieser Arbeiter sei. Wäre er Kazi gewesen, so würde er nicht festgenommen worden sein. Die Polizeibeamten gehörten eigentlich auf die Antilogeant; denn wohin solle es kommen, wenn jeder Polizeibeamte bei geringstem Anlaß das Recht hätte, einen Staatsbürger festzunehmen. Frank bestreitet diese Behauptung des Staatsanwalts und legt, er sei nach wie vor der Meinung, daß die Verhörung des Kollmeier zu Unrecht erfolgt sei. Rechtsanwalt Frank wird Berufung gegen das Urteil einlegen.

Regierungskonflikt in Danzig

Angst der Nazis vor ihrer eigenen Tolerierungspolitik

Danzig, 5. September. (Eigenbericht.)

In Danzig ist ein erster Regierungskonflikt ausgebrochen, der die bisherige, fast zwei Jahre bestehende Regierungskoalition, die sich aus Deutschnationalen, bürgerlichen Mittelparteien und Zentrum zusammensetzte und ihre parlamentarische Mehrheit durch die Unterstützung der Nationalsozialisten fand, gesprengt hat. Die Nationalsozialisten, die auf Grund ihrer Schließstellung bis jetzt den weitaus stärksten Einfluß in der Regierung ausübten und zahlreiche Drangsalierungsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie, so u. a. ein zweimonatiges Verbot der „Danziger Volksstimme“ und das Verbot des Arbeiterfahrbundes durchführten, haben am Montag der Regierung ihre Mitarbeit gekündigt. Sie wollten einen Antrag auf Auflösung des Landesparlaments einbringen und Neuwahlen herbeiführen. Als Vorwand für diese Maßnahmen benutzten sie eine von ihnen

selbst zunächst gutgeheißene Polizeierordnung, die den breiten Massen übertrieben Befugnisse aufwies. Der wahre Grund für den übertrieben Entschluß ist aber in einer in der NSDAP weit verbreiteten Mißstimmung gegen die von der Nazi-Bürgerblock-Regierung getroffenen ungeliebten Vorrichtungen zur Ausbalancierung des Staatsausfalls und gegen die von der Regierung eingeleitete Berufsständepolitik mit Polen zu erblicken. In der Hoffnung, das Vertrauen ihrer empörten Mitglieder wiederzugewinnen, haben die Nazis sich zu dem Versuch, Neuwahlen herbeizuführen, drängen lassen. Ueber den weiteren Verlauf der Dinge läßt sich noch nichts Endgültiges sagen. Jedenfalls bedürfen die Nazis, deren Fraktion im Landesparlament 13 Mann stark ist, der Unterstützung von zwei Abgeordneten einer anderen Partei, um ihren Auflösungsantrag einzubringen zu können. Die Rechtsopposition bleibt allerdings nach der Abgabe der Nazis im Parlament ohne Mehrheit. Ob eine andere Rechtsbildung möglich ist, ist bisher nicht abzusehen.

Duesterbergs Abstammung

Die Nazis werfen dem Stahlhelmführer seine jüdischen Vorfahren vor

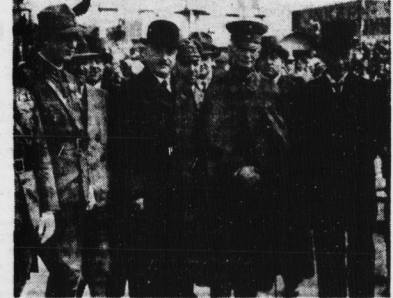
Das ist die „nationale“ Politik

Der Berliner Nazigruppen hat die Defensivität eine, bisher nur in intimen Kreisen bekannte hässliche Kunde wissen lassen: Oberleutnant Duesterberg, Reichstagskandidat Augenerbergs und zweiter Bundesführer des „Stahlhelm“ ist jüdischer Abstammung. Borelli heißt es in dem Nazibüchlein: „Dann hat der Großvater Duesterbergs noch die Bornanen Selig Abraham getragen. Er war Jude, und ist am 26. Juni 1918, als er als Arzt angestellt wurde, noch nicht getauft gewesen. Die Großmutter Duesterbergs, die Frau des erwähnten Abraham Selig Duesterberg, eine geborene Caspara, soll gleichfalls jüdischer Abstammung gewesen sein. Der Urgroßvater Duesterbergs, der am 14. Mai 1824 in Paderborn gestorben ist, war ebenfalls Vorbesitzer der jüdischen Kultur-gemeinde.“

Der Gau Halle, vor den Toren Berlins, war mit 2000 Vertretern, der Gau Thüringen und Saale-Thüringen insgesamt mit höchstens 3000 Mann. Je weiter nach Süd-, Nord- und Westdeutschland, desto geringer war die Zahl der Teilnehmer.

Wer bezahlt?

Die Stahlhelmer, die am Sonntag auf dem Tempelhofer Feld aufmarschierten, kamen zum allergrößten Teil aus Berlin. In der Reichshauptstadt dürfte der Stahlhelm nur eine sehr bescheidene Zahl von Mitgliedern, wenige Tausend, zählen. Die große Masse der Stahlhelmer war zweifellos von außerhalb gekommen. Nun



Von links nach rechts: Putschist Fürst Starhemberg, Putschist Major Pabst, Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun, Kapp-Putschist Lüttwitz, Reichsinnenminister von Gayl in trauriger Gemeinschaft bei der Stahlhelmsparade!

aber weit mehr, daß der Transport einer so großen Truppe nach einem Platz, selbst bei billigen Fracht- und Verpflegungssätzen, sehr erhebliche Kosten verursacht. Das Vergnügen, daß seine große Mitgliederzahl auf einem Fied verarmt zu sehen, hat dem Stahlhelm sicherlich mehrere Millionen gekostet. Dem Stahlhelm? — Da oben liegt die große Frage.

Der Hohenzollernspud

Propagandisten der Monarchisten am traurigen Werke

„Die Monarchie“ bestellt sich die Wochenchrift der kürzlich gegründeten „Sozial-monarchistischen Partei Deutschlands“, die seit dem Regierungsantritt der Barone mit viel Geld auf den Plan getreten ist. In der letzten Nummer ihrer Zeitung lassen sich die feierlichen Pensionäre der Republik mit folgender Strophen besingen: „Uns kann ein Kaiser nur aus all dem Leid befreien. Und nur auf solches Ziel ist unser Bild gerichtet: Wenn wir, geist, der Welt erst den Monarchen zeigen. Dann wird die Welt sich wieder vor uns neigen!“ Wenn es auch Irrsinn ist, so hat es Methode: Seit der Herrschaft Reichsland regiert, wittern die Hohenzollern Morgenluft

Ausflug des Stahlhelmtages

Sieben Todesopfer durch Unglücksfälle

Der Berliner Stahlhelmtag hat durch Unglücksfälle sieben Todesopfer geerntet. Als erster verunglückte der 58jährige Freiberger Georg Dietrich von Tschammer auf Schloß Quarg in Schießen auf einer Rotorabfahrt nach Berlin tödlich. In der Nacht zum Sonntag ereigneten sich dann in Berlin drei tödliche Unglücksfälle. Ein 18jähriger Stahlhelmmann Adolf Bergmann aus Gieseben, der mit mehreren Kameraden auf den Gewässern zwischen Wannsee und Potsdam eine Dampferfahrt unternahm, stürzte in der Truntenzeit ins Wasser. Seine Leiche wurde später in der Nähe von Moorlake am Havelufer aus dem Wasser gezogen. In der gleichen Zeit wurde zwischen den Stationen Teltow und Götterfelde die Leiche des 33jährigen Stahlhelmers Kurt Bangheinitz, der Angehöriger des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Gero war, auf den Sghienen aufgefunden. Bangheinitz muß kurz hinter Teltow aus dem Zug gestürzt und überfahren worden sein. Ein weiteres Opfer ist ein 22jähriger Mann aus Bitterfeld. Er hatte kaum sein Quartier bezogen, als er plötzlich tot zusammenlag. Außerdem erlitten am Sonntag nach der Parade auf dem Tempelhofer Feld drei Stahlhelmeute Herzschlag.

Am dem Stahlhelmtag nahmen außer zahlreichen Herren der Reichsregierung der österreichische Außenminister und Botschafter von Starhemberg, der Putschist und Reichstagskandidat Pabst und andere Reaktionsäre teil. Verschiedene Minister der Reichsregierung haben sich mit diesen Reaktionsären photographieren lassen. Wahrscheinlich um wiederum ihre Gefährdung fundus und für alle Zeit festzuhalten, werden 1932 „überparteilich“ und mit weiten Unterstützung in Deutschland registriert hat.

Der Stahlhelm gibt offiziell 150.000 Mitglieder an, die sich an der Parade beteiligt haben sollen. Hoch gegriffen waren es 50.000. Vom Gau Rhein-Main und Rheinpfalz waren rund 450 Teil-

Merseburg

Fast 5000 Erwerbslose in Merseburg

Der Arbeitsmarkt in Merseburg ist nach wie vor außerordentlich ungünstig. In der Stadt werden insgesamt 4729 Erwerbslose nach dem Stande vom 31. August gezählt. Davon arbeiten Arbeitslosenunterstützung 224 und Kräfteunterstützung 658.

Tragisches Verbrechen. In der Nacht vom 1. zum 2. September wurde in der Stadt ein Mann ermordet. Die Leiche wurde in der Nähe des Hauptbahnhofs gefunden. Die Polizei ermittelt die Umstände des Verbrechens.

Ein Raub gefolgt von Mord. Gestern nachmittag wurde ein Mann in der Nähe des Hauptbahnhofs ermordet. Die Polizei ermittelt die Umstände des Verbrechens.

Kreis Querfurt

22. Kreis Querfurt-Oberhänge
Sonntag, den 11. September, vormittags 9.30 Uhr, im Lokal „Zur Sonne“ in Querfurt

- Agendapunkte:**
- Bericht über den Wohlfahrtstag. Politische Lage. — Parteioberleitung. Referent: Parteisekretär K. A. P. (Merseburg).
 - Kommunalschulische Angelegenheiten. Referent: Gemeindevorsteher R. A. G. (Braunsdorf).
 - Die Bildungsaufgaben der Partei. Referent: Genosse Schönlank (Dalle).

Wir laden hiermit zu dieser Konferenz ein und bitten alle Funktionäre sowie Mitglieder der Partei, sich an dieser Konferenz zu beteiligen.

Das Stadtparlament tagt

Wädeln. Die Tagesordnungspunkte der am Freitagabend stattgefundenen Stadtparlamentstagung waren nicht ohne Ansehen, eine größere Zufuhr an Anträgen, und so tagten denn unsere Stadtparlamentarier vor fast leeren Tribünen. Zu Beginn der Sitzung geschah der Vorsitz über die verschiedenen Stadtparlamentarier, zu dessen Ehren sich die Funktionäre von den verschiedenen Stadtparlamentarier zum ersten Tagesordnungspunkt, Entlohnung der Stadtparlamentarier 1930/31, der Stadtparlamentarier. Von den Kommunal- und dem Magistrat wurde der Bürgermeister wegen nicht stattgefundenen Stadtparlamentstagung angefragt und erklärte dieselben, deshalb eine Entlohnung zu beantragen, so müßten sie sich erst bezahlen lassen; verweigerten aber auch die Stadtparlamentarier, welche gegen ihre Stimmen mit Mehrheit erteilt wurde. Die ordentliche Rechnung der Stadtparlamentarier schließt ab in Einnahmen mit 737.800,83 Mk. und Ausgaben 749.742,30 Mk., so daß ein Minus von 11.941,47 Mk. resultiert. Während die Ausgaben von den verschiedenen Stadtparlamentarier keine große Abweichung zeigen, ist dies nur bei dem Wohlfahrtstag der Fall. Sind doch hier

hat der im Haushaltsplan eingezeichnete Summe von 99.850 Mk. über 232.000 Mk. ausgegeben worden.

Die Magistratsvorlage betreffs Festlegung der Fahrmaße für 1933 in Wädeln fand einstimmige Annahme. Hinsichtlich des nächsten Quartals: Anlegung eines neuen Anlagen nach der Realisation wurde der Magistrat einwandlos zu können, indem die Arbeit von diesem aber vergeben worden ist, die die zuständige Kommission es genehmigt hat. Es wurde dieser Punkt in die geschlossene Sitzung verlegt. Seitens der kommunikativen Funktion wurde nach noch ein Zeitungsbeitrag eingeleitet, in welchem gefordert wird, die Unterhaltungsarbeiten der Stadtparlamentarier zu bezahlen und keine Entlohnungen der Stadtparlamentarier zu zahlen. Die Antragsteller erklärten sich damit einverstanden, diesen Antrag erst in der Stadtparlamentstimmung noch durchzuführen.

Verklammerung der Arbeitslosen

Wädeln. Die am Sonntagabend stattgefundenen Stadtparlamentstimmung der Arbeitslosen wurde begrüßt insbesondere den Genossen R. A. G. Dieser hielt ein vorzügliches Referat über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und die verschiedenen Arten der Arbeitslosigkeit. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß wir die politischen Vertreter der verschiedenen Organisationen dazu bringen müssen, ihren unter diesem Regime nach seiner Richtung zu üben. Es heißt aber auch, dem Verstand die Leere halten und mehr denn je für die Organisation zu werden, da nur darin die Stärke liegt. Solange die Arbeitslosen nicht durch den Kampf mit den verschiedenen Organisationen und Parteien gefestigt werden, so werden die Arbeitslosen wegen zufälliger Witterung gelassen werden.

Kreis Zeitzsch

Erweiterung eines Magistratsbeschlusses

Delitzsch. Bei einer Resolution wurde festgestellt, daß der Magistratsbeschluss, die öffentliche Gelder nicht rechtzeitig abzugeben, die Stadtparlamentarier durch das Verhalten des R. A. nicht geschädigt worden.

Arbeitsbeschaffungsanstalt der Reichsbahn

Delitzsch. Die bekanntlich die Reichsbahn beschäftigten, im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes das Freizeid am Werkstätten zu vergrößern und zu modernisieren. Die Arbeiten werden etwa 4000 bis 5000 Arbeitsstunden erfordern. Ferner sollen auf dem Reichsbahngebäude in der Nähe des Werkstätten verschiedene Anlagen und Einrichtungen geschaffen werden. Die Verhandlungen über diese Projekte sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Elternabend

Schweres Motorradunfall

Montag morgen gegen 2 Uhr ereignete sich auf der Straße Elsbürg-Deitzsch kurz vor dem Stadt ein Unfall, der ein Leben

Landesparlamentstag

Die Dorfstadtsiedlung in Kröllwitz

Deutschnationale Bauern gegen die Siedler - Durcheinander bei den Nazis

Kurz und schmerzlos verlief die gestrige Gemeindevorstandssitzung in Beuna. Gleich zu Beginn wurde der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Errichtung von 20 neuen Siedlerstellen des gemeindevorstandes der Dorfstadtsiedlung, in Angriff genommen: Gemeindevorsteher K. A. G. legte dem Gemeindevorstand vor, die Siedlerstellen zu errichten. Er verles die Beschlüsse der Gemeindevorstände, die es nicht leicht gemacht hat, die 50000 Mk. Darlehen für den Bau zu beschaffen. Ebenso schwer wie die Geldbeschaffung war auch die Beschaffung des Baugeländes. Die Siedler stellen so hohe Forderungen gestellt, daß es unmöglich war, sich zu einigen. Erst das Einmüßigen der Gemeindevorstände hat es ermöglicht, die Siedlerstellen zu errichten. Die Siedler stellen so hohe Forderungen gestellt, daß es unmöglich war, sich zu einigen. Erst das Einmüßigen der Gemeindevorstände hat es ermöglicht, die Siedlerstellen zu errichten.

wieder Seite untergebracht werden, wünschte aber, daß die Gemeindevorstände die Abrechnung stets sofort vorlegen und Überprüfungen nicht immer nachträglich genehmigen zu müssen.

Gegen 2 Stimmen wurde schließlich beschlossen, die 20 Siedlerstellen in Kröllwitz zu errichten. Die Siedler stellen so hohe Forderungen gestellt, daß es unmöglich war, sich zu einigen. Erst das Einmüßigen der Gemeindevorstände hat es ermöglicht, die Siedlerstellen zu errichten.

Unzufriedenheit der Kröllwitzer Bauern

Er meinte, Landwirtschaft und Industrie vertragen sich nicht miteinander. Außerdem seien die von der Gemeindevorstandssitzung in der Dorfstadtsiedlung besprochenen Verträge, was mit einer der Gründe der Gegnerhaft zur Siedlung sei. Er war jedoch so unzufrieden, daß er es nicht leicht gemacht hat, die Siedlerstellen zu errichten. Die Siedler stellen so hohe Forderungen gestellt, daß es unmöglich war, sich zu einigen. Erst das Einmüßigen der Gemeindevorstände hat es ermöglicht, die Siedlerstellen zu errichten.

Er beantragte Zurückstellung des Bauantrags. — Genosse Heibbe erklärte noch einmal, daß die Siedler bei der vorigen Sitzung ganz reell vorgegangen sei. Ein Bericht, daß von 47 Bauern 40 zum Teil gegen Siedler. — Es wurde schließlich mit 10 gegen 5 Stimmen, bei Stimmhaltung der übrigen, der Antrag Tenhagen angenommen.

Zur Feststellung des Volkshausbauplanes referierte Genosse W. A. G. Der Volkshausplan schließt in Einnahme und Ausgabe mit 67.750 Mk. und 66.000 Mk. weniger als im Vorjahr ab. Die Gemeindevorstände gegenüber dem Volkshausplan auf die Genehmigung der Volkshausbauplanes, auf die Nichtbeachtung der städtischen Bauvorschriften, die der Volkshausbauplanes und die Kündigung der Gebäude und Räume auf Grund der Notwendigkeit zurückzuführen.

Gemeindevorsteher K. A. G. behauptete, daß die Gemeindevorstände gegenüber dem Volkshausplan auf die Nichtbeachtung der städtischen Bauvorschriften, die der Volkshausbauplanes und die Kündigung der Gebäude und Räume auf Grund der Notwendigkeit zurückzuführen.

Einbringung der Gemeindevorstände für Wohnbauarbeiten geht nicht eintrifft. Die städtische Überwachung habe zu bedeutend höhere Mittel hierfür im Haushaltsetat unter „Wohnbauarbeiten“ eingelegt und Veranschlagt werden noch Zeit, sich im nächsten Etat damit zu befassen.

Saalkreis

Märchen der Saalekatante

Die Saalekatante erscheint nach ihrer eigenen Angabe im 67. Jahrgang. Sie ist damit in jenes Alter eingetreten, wo alle Großmütterchen, wenn sie nichts Erlebtes mehr zu tun haben, anfangen Märchen zu erzählen. Manche behaupten, daß sie bis in ihr Alter ihre Zuhörer bewahrt. Bei den meisten Saalekatanten weiß man nicht mehr, wann sie entstanden sind.

Tätigkeitsfeld eröffnet, mehr oder rührten ihn die notleidenden Herren der Industrie. Als deren Vertreter zog er in Kreislag und Kreislag und viele Kommissionen ein, diemal sie die höheren Kreislagen auf die Arbeit, immer nur lächelnd und immer bereit, auf die Arbeit, er hier an die Arbeit, nur der hiesigen Kreislagen Arbeit sollte ihm nicht, da seine Schmach sich selbst auf ein solches Amt richtete. Er war der Meinung, daß in einem landwirtschaftlichen Garten nur Gras wachsen dürfe und ein Landrat so helle sein mußte, daß er abends bei dieser Schlichtheit arbeiten könne. Deshalb beauftragte er Kreislagen und die Rechnung für eine landwirtschaftliche Saalekatante. Weil weiter nach seiner Meinung ein Landrat so glücklich sein mußte, daß ihm keine Stunde schief, gefiel ihm auch die Uhr des Landratsamtes nicht. Gar viele von diesen Saalekatanten werden noch zu erzählen. Das ganze nannte er Kommunalschulische Angelegenheiten. Will die alte Dame ein Lächeln mögen? Wir sind gern bereit ihr aufzuspielen!

„Es war einmal...“ liest die Saalekatante. Wir würden uns nicht bei solchen Überreibungen aufhalten, wenn wir nicht wüßten, daß nach der Ansicht der Arbeiter sich hinter dieser unwürdigen Form eine besonders heimtückische, demoralisierende Reaktion verbirgt. Nicht allein das. Wenn einmal ein nichtöffentlicher Eignung etwas an die Öffentlichkeit dringt, dann legen die Herren bürgerlichen Vertreter ihre strengste Miene auf, weil ein gutgeordneter Bürgerlicher, wie ich das gehört, das Siedler zu beschreiben mit Angelegenheiten, die nur auf Kommunalangelegenheiten beschränkt werden können, das es eben Märchen sind. Da die Saalekatante aufeinander 50000 Mk. seitlich ist bei ganz kleinen Wädeln zu genügen, bieten wir zum letztenmal Abschied an: Es war einmal... in alteren Zeiten, daß im Saalkreis ein Mann lebte, der eine lange Zeit in der Stadt, in seinem Landrat regierte, der wie alle Landräte seiner Zeit, in seinem Namen führte. Da er eine lange Zeit in der Stadt, in seinem Landrat regierte, der wie alle Landräte seiner Zeit, in seinem Namen führte.

Unzufriedenheit mit dem Zede bezahl

Annaburg. Ein 14jähriger Junge von hier hatte auf einem Ausflug mit einem Freunde in der Gegend einen Spirituskrug angeknallt, wobei der ganze Spiritusvorrat in Flammen ausbrach. Der Junge wurde mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus Bergmannstrasse Halle eingeliefert. Dort ist er gestorben.

Weitere Einträge aufgeführt

Annaburg. Die Polizei hat nach der Aufhebung des Einwohnereinzugs jetzt noch drei weitere Einträge aufzuführen können, von denen einer in Ströbenau, einer in der Dorfstraße bei Walthaus und einer in der Dorfstraße bei Walthaus eingetragen wurde.

Annaburg. In den letzten Nächten sind von einem in der Dorfstraße bei Walthaus gefahrenen Kraftwagen ein 10-jähriger Knabe getötet worden. Die Täter wurden ermittelt.

Der Saalekatante wurde vom Rab gefressen und der Räuber des Kraftwagens wurde etwa 15 Schritte weitgeschleift und kam nur als Leber unter dem Auto herausgezogen werden. Der Saalekatante liegt mit schweren Verletzungen darnieder und konnte nicht mehr aufgenommen werden.

Nach polizeilichen Ermittlungen trifft dem Wagenführer, Sander Jatos (Delitzsch) keine Schuld. Den Motorführer trifft die Schuld.

